

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Oliver Krischer, Jürgen Trittin, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/1461 –**

**Europäische Energieunion – Unabhängigkeit durch Effizienz, Einsparung
und erneuerbare Energien schaffen**

A. Problem

Forderung an die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene bei Gesprächen über eine „Europäische Energieunion“ für klare, ambitionierte und verbindliche Ziele im Hinblick auf CO₂-Reduzierung sowie Stärkung der erneuerbaren Energien einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1461 abzulehnen.

Berlin, den 4. Februar 2015

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Thomas Bareiß
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Thomas Bareiß

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/1461** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Mai 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, sich bei Gesprächen auf europäischer Ebene über die Gründung einer „Europäischen Energieunion“ mit Nachdruck für klare, ambitionierte und verbindliche Ziele einzusetzen. Diesbezügliche Forderungen sind insbesondere:

- die Festlegung verbindlicher nationaler Klimaziele in den einzelnen Mitgliedstaaten;
- die schnellstmögliche und ambitionierte Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie in nationales Recht;
- der Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen;
- die Nutzung von Steuerermehreinnahmen zur energetischen Gebäudesanierung;
- die Kooperation mit den Staaten Ost- und Südosteuropas;
- die Verstärkung der Anstrengungen zum Ausbau eines funktionierenden Gasnetzes in ganz Europa.

Außerdem soll sich die Bundesregierung in den Gesprächen zur „Europäischen Energieunion“ gegen die verstärkte Nutzung von Kohle und Fracking-Gas einsetzen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/1461 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/1461 in seiner 34. Sitzung am 4. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/1461 in seiner 34. Sitzung am 4. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/1461 in seiner 25. Sitzung am 4. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/1461 in seiner 30. Sitzung am 4. Februar 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, dass eine enge Kooperation in der Europäischen Union beim Thema Energiesicherheit und Energieinfrastruktur angestrebt werde. Allerdings sei das Ziel weniger eine „Erneuerbare Europäische Energieunion“ als vielmehr die enge Zusammenarbeit bei Gas- und Kohleeinkäufen. Der vorliegende Antrag setze hier eine falsche Priorität. Zudem sei der europäische Gasmarkt nicht staatlich, sondern

privat organisiert. Deshalb werde auf mehr Wettbewerb innerhalb der EU und auf eine Verstärkung des Energiebinnenmarkts gesetzt. Die Bundesregierung habe im Hinblick auf erneuerbare Energien und Klimaschutz bereits sehr ambitionierte Ziele definiert, an denen festgehalten werden solle. Die Fraktion lehne den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass einige Forderungen des Antrags bereits erfüllt worden seien. So sei zum Beispiel eine Teilumsetzung der Energieeffizienzrichtlinie bereits beschlossen. Mit anderen Punkten des Antrags, wie die nationale Gasreserve, müsse man sich weiterhin beschäftigen. Grundsätzlich müsse eine Transformation weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien in der Europäischen Union vorangetrieben werden. Dies sei Aufgabe Deutschlands innerhalb der EU.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stimmte den klima- und energiepolitischen Zielen des Antrags zu. Allerdings verfolge der Antrag nicht nur Klimaschutzziele, sondern vermische die Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Ukraine Krise. Deshalb werde sich die Fraktion der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass die vorgeschlagene Gründung einer „Europäischen Energieunion“ ein richtiger Anstoß sei. Hier könnten Ziele wie erneuerbare Energien und Energieeffizienz zentrale Themen werden, da dies wiederum Unabhängigkeit von fossilen Energielieferungen und damit von Russland bedeute. Weitere wichtige Stichwörter seien die Frage eines zentralen Gaseinkaufs für die EU, die Einrichtung einer nationalen Gasreserve sowie die Diversifizierung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/1461 zu empfehlen.

Berlin, den 4. Februar 2015

Thomas Bareiß
Berichtersteller